

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 11.04.2015, S. 4

Flüchtlingsgipfel unter Druck

Vor dem zweiten Spitzentreffen in NRW steigen die Zahlen der Asylbewerber massiv an. Und die Zusagen vom ersten Gipfel sind noch nicht umgesetzt

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. NRW kann die stark steigenden Flüchtlingszahlen kaum bewältigen. In den ersten drei Monaten 2015 wurden 21 825 Flüchtlinge aufgenommen – 172 Prozent mehr als im ersten Quartal des Vorjahres. Die Folge: Bereits nach 14 Tagen müssen Asylbewerber aus überfüllten Erstaufnahmearrichtungen des Landes auf die Kommunen verteilt werden. Oft fehlt gar die Zeit zum Registrieren und zur medizinischen Untersuchung der Flüchtlinge.

Vor dem zweiten NRW-Flüchtlingsgipfel am Mittwoch in Düsseldorf ist die Lage gespannt. Zwar sinkt die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkanländern, weil diese Staaten zuletzt als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden und Anträge bei einer Anerkennungsquote gegen null schneller abgelehnt werden können. Dennoch rechnet NRW mit einem Anstieg der Erstanträge von Asylbewerbern 2015 auf mindestens 60 000. In zentralen Landeseinrichtungen stehen aber nur 7900 Plätze bereit. Dazu kommen 2133 Notfallplätze.

Viele unbearbeitete Asylanträge

Ein Ärgernis: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stapelten sich Ende Januar fast 180 000 unbearbeitete Asylanträge für ganz Deutschland. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt immer noch 5,6 Monate. Ende Dezember hatte die Landesregierung in einem Erlass sogar noch eine weitere Einzelfallprüfung für ablehnte Antragsteller ver-

fügt, um Familien bei einer Abschiebung nicht zu trennen. Dagegen hatten 15 Revier-Oberbürgermeister scharf protestiert und gefordert, dass die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern in ihre Heimatländer „nicht unnötig auf dem Verordnungswege“ erschwert wird. 2014 wurde jeder vierte der 128 000 bearbeiteten Asylanträge genehmigt.

„Geldmangel darf kein Grund sein, Flüchtlinge nicht menschenwürdig unterzubringen.“

Frank Herrmann, NRW-Piratenpartei

Der CDU-Flüchtlingsexperte André Kuper kritisiert, dass das Land bisher nicht einmal die Zusagen vom ersten Flüchtlingsgipfel vor einem halben Jahr in Essen erfüllt habe. So seien von den zugesicherten neuen 44 Stellen in der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg erst 28 besetzt, das Beschwerdemanagement sei ebenso wenig umgesetzt wie die zugesagten Hilfen für Flüchtlingskinder. Kuper bemängelt, dass zum 16. März mehr als 1150 Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht geröntgt und 1740 nicht einmal registriert waren.

Zudem sorgt die Praxis, dass Gemeinden die Kosten für die Versorgung und Unterbringung von rund 36 000 geduldeten Flüchtlingen, die aus familiären und gesundheitlichen Gründen vorläufig nicht ab-

geschoben werden, allein tragen müssen, in Städten für massiven Ärger. Länder und Kommunen verlangen eine Übernahme der Kosten durch den Bund.

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) hat inzwischen signalisiert, dass der Bund künftig für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlen will, um Kommunen zu entlasten. Sozialminister Guntram Schneider (SPD) hatte die bisher zugesagten Bundeshilfen von jeweils 500 Millionen Euro für dieses und das nächste als nicht ausreichend kritisiert.

Auf dem zweiten NRW-Flüchtlingsgipfel wollen Vertreter von Städten, Kirchen, Politik, Wohlfahrtsverbänden sowie Flüchtlingsorganisationen in der Düsseldorfer Staatskanzlei weitere Maßnahmen zur Unterbringung der Flüchtlinge beraten. CDU und FDP verlangen, dass Flüchtlinge – wie rechtlich möglich – bis zu drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und Asylanträge in dieser Zeit bearbeitet werden. Dann würden nur die Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt, die einen berechtigten Asylgrund nachweisen konnten.

Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen oder ausbilden wollen, hätten dann auch mehr Planungssicherheit, dass die neuen Mitarbeiter nicht von Abschiebung bedroht sind. Seit einiger Zeit können Asylsuchende und Geduldete bereits nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen – nicht erst wie vorher nach einem Jahr. Industrie und Handwerk sehen in den oft qualifizierten Fachkräften eine bislang ungenutzte „stille Reserve“.

KOMMENTAR

Wilfried Goebels zur Flüchtlingspolitik in NRW



Zum Erfolg verdammt

Mit dem ersten „Notfall-Gipfel“ im letzten Oktober wollte die Landesregierung nach den Misshandlungen in Flüchtlingsheimen aus der Defensive kommen. Das ist gelungen, auch wenn viele Zusagen noch im Planungsstadium stecken. Auf Gipfel 2 muss aber ein konkreter Plan für die Flüchtlingshilfe angestoßen werden. Auch bei Bund und Ländern wächst die Einsicht, dass die Städte die Folgen ungelöster internationaler Konflikte nicht allein bewältigen können.

Um die Städte zu entlasten, will Innenminister Jäger Flüchtlinge vom Balkan, die keine Chancen auf Anerkennung als politische Flüchtlinge haben, bis zur Abschiebung in den Landeseinrichtungen versorgen. Das ist ein konkreter Beitrag zur Entspannung vor Ort.

Das größte Ärgernis aber bleibt die monatelange Bearbeitungszeit der Asylanträge. Hier kann das Land nur den Druck auf Berlin erhöhen, mehr Tempo zu machen. Es ist inhuman und unwirtschaftlich, Flüchtlinge jahrelang zur Handlungsunfähigkeit zu verdammen, weil die Behörden aus Personalmangel eine Entscheidung zum Asyl verschleppen.